



Herausgegeben
von der Pressestelle
Der Evangelische
Kirche in Deutschland (EKD)
Herrenhäuser Str. 12
30419 Hannover
Tel.: (0511) 2796-268/269/265/267
Fax: (0511) 2796-777

Originaltext

„Die von Gott geschenkte Erde für alle Geschöpfe bewahren“

Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Konferenz der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung vom 20. bis 22. Juni 2012 in Rio de Janeiro („Rio plus 20“)

1. Mit Sorge und Hoffnung blicken die Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland auf die Konferenz der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung, die vom 20. bis 22. Juni 2012 und – aus Anlass des 20. Jahrestags des „Erdgipfels“ – erneut in Rio de Janeiro stattfindet. Vor 20 Jahren ist von der Rio-Konferenz, damals wenige Jahre nach Ende des „Kalten Krieges“, ein neues Signal des Aufbruchs ausgegangen. Dies war ein Appell, dass sich die Staaten der Welt den großen Zukunftsthemen zuwenden sollten, um zukünftigen Generationen weltweit eine nachhaltige Entwicklung in den Grenzen der ökologischen Tragfähigkeit dieser Erde zu ermöglichen. Nun steht erneut ein symbolträchtiges Treffen bevor, das Anlass zur kritischen Bilanz, aber auch zur Besinnung darauf gibt, welche politischen und gesellschaftlichen Transformationsprozesse zur Bewältigung der aktuellen globalen Krisen nötig sind.

Der „Erdgipfel“ für Umwelt und Entwicklung von 1992 wurde zum Symbol der weltweiten Verantwortung für diese Erde: Aufgrund der breiten internationalen Beteiligung von Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen war Umweltpolitik zur Weltpolitik geworden. Es gelang, den dringenden Handlungsbedarf zu veranschaulichen und Grundprinzipien einer globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik zu verabschieden. Leitend waren dabei das Prinzip der Nachhaltigkeit und das Konzept der nachhaltigen Entwicklung. Die Weltgemeinschaft verpflichtete sich, den Entwicklungs- und Umweltbedürfnissen heutiger und künftiger Generationen in gerechter Weise zu entsprechen und gleichermaßen ökonomische, ökologische und soziale Ziele anzustreben.

Wichtiges Ergebnis dieses Gipfels war das „Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert“, kurz Agenda 21 genannt, das eine Vielzahl von entwicklungs- und umweltpolitischen Schwerpunkten beinhaltet. Auch wenn die Agenda 21, im Gegensatz zu der ebenfalls im Rahmen der Konferenz unterzeichneten Biodiversitäts- und der Klimarahmenkonvention, völkerrechtlich unverbindlich ist, ging von ihr eine Aufbruchsstimmung aus, die gerade auch für die lokale Ebene, für viele Kommunen und Kirchengemeinden, von großer Bedeutung war. Der Grundstein für einen weltweiten, bis heute andauernden Rio-Prozess wurde gelegt, von dem noch heute Nachhaltigkeitsstrategien und zahlreiche lokale Agenden zeugen.

Trotz des Optimismus blieben die praktischen Erfolge des Rio-Prozesses eher bescheiden. Dies gilt auch für die in Rio verabschiedeten Regelwerke:

- Die auf der Grundlage der **Klimarahmenkonvention** stattfindenden UN-Klimaschutzkonferenzen brachten mit dem Kyoto-Protokoll das weitest reichende völkerrechtlich verbindliche Instrument der Klimaschutzpolitik hervor. Dieses Abkommen bedeutete trotz vergleichsweise niedriger CO₂-Reduktionsziele einen großen Fortschritt, um die bedrohlichen Folgen des Klimawandels einzudämmen. Doch die anschließenden Verhandlungen für ein Post-Kyoto-Abkommen, insbesondere die Vertragsstaatenkonferenz in Kopenhagen 2009, waren mehr als enttäuschend. Der auf dem Weltklimagipfel im südafrikanischen Durban 2011 beschlossene Fahrplan für ein neues globales Klimaschutzabkommen ist derzeit nur ein schwacher Hoffnungsschimmer. Die diplomatische Rhetorik kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass 20 Jahre nach der Rio-Konferenz von 1992 der weltweite CO₂-Ausstoß weiter steigt. Wir stehen vor der bitteren Erkenntnis, dass die europäischen und internationalen Klimaschutzbemühungen bislang keineswegs ausreichen, um die Erwärmung der Erde unter 2 Grad Celsius zu halten.
- Zur **Biodiversitätskonvention** fanden ebenfalls verschiedene Vertragsstaatenkonferenzen statt. Als besonders erfolgreich gilt die Konferenz in Nagoya 2010. Hier gelang es nach jahrelangem Ringen, ein völkerrechtlich verbindliches Protokoll zu verabschieden, das sowohl den Zugang zu genetischen Ressourcen als auch den gerechten Ausgleich der Vorteile regelt, die aus der Nutzung dieser Ressourcen und traditionellen Wissens etwa in der Pharma- und Kosmetikindustrie entstehen. Außerdem wurden zwanzig zentrale Naturschutzziele verabschiedet, mit denen zumindest einmal ein ehrgeiziger internationaler Plan zum Schutz und zur Wahrung der biologischen Vielfalt vorliegt, auch wenn hier die nationale Umsetzung dieser Ziele nicht immer konsequent durchgeführt wird.
- Auch hinsichtlich der sozialen Fragen bleibt die Bilanz von Rio insgesamt ernüchternd. Zwar sind durch die im Jahr 2000 in New York verabschiedeten **Millenniums-Entwicklungsziele** (Millennium Development Goals) große Fortschritte bei der Armutsbekämpfung und bei der Bekämpfung von HIV/Aids erreicht worden. Durch die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise und durch zum Teil erhebliche Veränderungen im Agrarsektor – Konkurrenz zwischen dem Anbau von Nahrungsmitteln und Futtermitteln sowie der energetischen Nutzung von Biomasse, Aufkäufe von Land oder Nahrungsmittelspekulation – gibt es aber ernste Rückschläge bei der Bekämpfung des Hungers. In einer Reihe von Entwicklungsländern, vor allem in Afrika, werden deshalb die Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015 nicht erreicht werden. Rund 1,4 Milliarden Menschen leben noch immer in extremer Armut; ein Sechstel der Weltbevölkerung ist unterernährt. Mittlerweile leben 7 Milliarden Menschen auf unserem Planeten, und die Zahl wächst. Mit einer größeren Weltbevölkerung und einem Lebensstil, der sich an dem der Industrieländer orientiert, wird sich auch der Bedarf an Wasser, Energie und Nahrungsmitteln vergrößern, während gleichzeitig die Übernutzung globaler Ressourcen zunimmt. Zwar wurden die Bereiche Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio aufeinander bezogen, dennoch steht zwanzig Jahre später die notwendige Trendwende zu einer nachhaltigen Entwicklung weiterhin aus.

2. Angesichts dieser enttäuschenden Bilanz sind die Erwartungen an die anstehende Konferenz nicht übermäßig hoch. Doch von der Konferenz in Rio muss eine neue Dynamik ausgehen. Denn es ist dringend erforderlich, in Fragen der Umwelt- und Entwicklungspolitik wieder internationale Handlungsfähigkeit zu erlangen. Dass die Konferenz auf der höchstmöglichen Ebene der Staats- und Regierungschefs angesiedelt wurde, ist ein gutes Signal.

Die Konferenz soll – neben der Bilanz von 20 Jahren Rio-Prozess und der Erneuerung des Bekenntnisses zu einer nachhaltigen Entwicklung – zwei Schwerpunkte haben:

- Zum einen geht es um institutionelle Fragen innerhalb des UN-Systems („*Sustainability Governance*“). Dabei steht im Mittelpunkt die Frage der Aufwertung des *United Nations Environment Programme* (UNEP) zu einer **Weltumweltorganisation**. Es geht zudem darum, mehr Kohärenz des UN-Systems für eine nachhaltige Entwicklung sicherzustellen, wobei ein „Rat für Nachhaltige Entwicklung“ und/oder das Amt eines UN-Hochkommissars für nachhaltige Entwicklung eingeführt werden soll.
- Zum anderen versucht das Umweltprogramm der Vereinten Nationen, der nachhaltigen Entwicklung mit dem Leitmotiv einer „**Green Economy**“ neuen Schub zu geben. Daher wird die Konferenz einen Schwerpunkt auf die Frage legen, wie ein umweltschonenderes Wirtschaften im Kontext von nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung möglich gemacht werden kann.

Für uns Christen geht es bei Fragen von Umwelt und Entwicklung immer zugleich um den Menschen als Gottes Ebenbild und um die Bewahrung der uns von Gott anvertrauten Schöpfung. Die ethischen Grundlagen des Leitbilds der nachhaltigen Entwicklung finden im Schöpfungsglauben sowie in der biblischen Vision der Gerechtigkeit eine tiefe Verankerung. Die Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland erwarten daher, dass auch die diesjährige Rio-Konferenz am Prinzip der Nachhaltigkeit anknüpft. Für eine zukunftsgerechte Gesellschaftsgestaltung müssen ökonomische Prozesse sozial und ökologisch verträglich gestaltet werden.

Es ist vor allem eine politische Aufgabe, in der Abstimmung der oft konkurrierenden Zielvorstellungen dafür Sorge zu tragen, dass die Grundbedürfnisse aller Menschen dieser und der kommenden Generationen erfüllt werden können. Daher braucht es, wie der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland und die Deutsche Bischofskonferenz bereits in ihrem gemeinsamen Wort *Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit* (1997) gefordert haben, den Aufbau einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft auf nationaler, europäischer und globaler Ebene. Umweltschutz auf der einen und Armutsbekämpfung sowie soziale Gerechtigkeit auf der anderen Seite müssen dabei die Leitplanken für eine nachhaltige Wirtschaft bilden. Eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft gründet auf Wertentscheidungen der Gesellschaft, die sich an den Bedürfnissen der Menschen und an sozialen und ökologischen Zielvorstellungen orientieren. Ohne einen solchen politischen Ordnungsrahmen greift auch das Konzept einer „grünen Wirtschaft“ zu kurz.

3. Auch 20 Jahre nach der ersten Rio-Konferenz befindet sich die Welt inmitten mehrerer bedrohlicher Krisen, die sich gegenseitig verstärken und die die Fragen nach der ökologischen, intergenerationellen und globalen Gerechtigkeit in den Vordergrund rücken. Im Brennpunkt dieser Gerechtigkeitsfragen steht der Klimawandel, der die Lebensgrundlagen der heutigen und der nachkommenden Generationen sowie der außermenschlichen Natur

gefährdet. Deshalb ist Klimaschutz eine zentrale politische und gesellschaftliche Aufgabe unserer Zeit. Ein grundlegendes ethisches Problem besteht darin, dass die Verursacher des Klimawandels nicht identisch sind mit denjenigen, die die Folgen zu tragen haben. Schon im Kyoto-Protokoll wird daher betont, dass die Mitglieder der Staatengemeinschaft „gemeinsame, wenngleich unterschiedliche“ Verantwortung tragen. Gefordert sind vor allem die Industrienationen. Heute tragen jedoch auch die wirtschaftlich wachsenden Schwellen- und Entwicklungsländer zum Ausstoß klimaschädlicher Gase bei. Nachhaltige Entwicklung hängt insofern zunehmend auch von der Umweltpolitik dieser Länder ab. Dessen ungeachtet müssen sie auf ihrem Weg zu nachhaltigen Wirtschafts- und Wohlstandsmodellen unterstützt werden. Dies setzt voraus, dass die Industrienationen, die nach wie vor mehr Ressourcen verbrauchen als ihnen gerechterweise zustehen, die eigenen Wirtschaftssysteme, die immer noch weltweit Leitbildcharakter haben, auf Nachhaltigkeit umstellen.

Deutschland und Europa können hier eine Vorreiterrolle übernehmen. Die evangelische und katholische Kirche in Deutschland fordern die Bundesregierung daher eindringlich auf,

- bei der Konferenz in Rio darauf hinzuwirken, dass das Prinzip der Nachhaltigkeit neu bekräftigt wird,
- sich im Sinne der nachhaltigen Entwicklung für eine größere Kohärenz, Verbindlichkeit und Koordination der verschiedenen Institutionen der „Global Governance“ einzusetzen. Dazu sollte im Rahmen der Vereinten Nationen auch eine Weltumweltorganisation sowie ein UN-Rat für nachhaltige Entwicklung eingerichtet werden, um der globalen Umweltpolitik zum Durchbruch zu verhelfen.
- sich nicht nur für die Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele, sondern auch für internationale Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals) einzusetzen, die umfassend und überprüfbar sind,
- sich für die Umsetzung der im Deutschen Nachhaltigkeitskodex aufgeführten Kriterien für eine green economy einzusetzen,
- sich global für eine ökologisch orientierte Landnutzung zugunsten von Ernährungssouveränität für Arme sowie für Bodenschutz und Biodiversität einzusetzen,
- dazu beizutragen, dass das globale Handels- und Finanzsystem stärker in nachhaltige Entwicklungspfade eingebettet wird,
- den internationalen Verpflichtungen zur Entwicklungszusammenarbeit nachzukommen und das 0,7-Prozent-Ziel für offizielle Entwicklungsarbeit zügig umzusetzen sowie angemessene Mittel für Klimaanpassungsmaßnahmen der Entwicklungsländer bereitzustellen,
- den eingeschlagenen Weg einer klimaverträglichen Energiewende konsequent fortzusetzen und dafür – neben den Bemühungen um internationale Abkommen – auch die Dynamik neuer zwischenstaatlicher Koalitionen und Initiativen zu nutzen. Bei der Reduzierung der CO₂-Emissionen kommt Europa und Deutschland eine besondere Vorreiterrolle zu.

Doch es ist nicht nur Aufgabe der Politik, ein starkes Signal für die Aktualität und Bedeutung des neuen Rio-Prozesses zu setzen. Als Christinnen und Christen haben wir die Verpflichtung, uns dafür einzusetzen, dass das Prinzip der Nachhaltigkeit in gesellschaftlichem Handeln und unserem persönlichen Lebensstil fest verankert wird. Unsere Verantwortung für die Schöpfung und für unsere Nächsten ruft uns selbst zu einer Umkehr in

unserem Denken und Handeln und zur Abkehr von alten Lebensmustern. Nachdrücklich begrüßen wir die vielen Initiativen in unseren Gemeinden und Einrichtungen, die sich für einen nachhaltigen Lebensstil z. B. im Bereich Energie, Mobilität, Ernährung, Konsum und in anderen Bereichen einsetzen. Diese Initiativen tragen dazu bei, dass wir selbst glaubwürdiger in unseren Forderungen an die Politik werden. Unser Glaube hilft uns, „gut leben“ und „viel haben“ zu unterscheiden und uns in eine „Ethik des Genug“ und in eine „Tugend des Maßhaltens“ einzuüben. Wir sind überzeugt: Ohne einen nachhaltigen Lebensstil werden wir nicht zu der nötigen Transformation zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft beitragen können.

Die Kirchen sehen in der Verpflichtung zum Leitbild der nachhaltigen Entwicklung und in der Weiterführung des Rio-Prozesses eine notwendige Voraussetzung für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Umweltschutz-, Wirtschafts- und Entwicklungsfragen werden immer mehr zu Überlebensfragen für die Zukunft der Menschheit. Sich diesen Fragen zu stellen, ist vorsorgende Friedenspolitik. Als Kirchen rufen wir deshalb dazu auf, die uns von Gott geschenkte Erde für alle Geschöpfe zu bewahren.

Bonn/Hannover, 12. Juni 2012

Präses Dr. h.c. Nikolaus Schneider

Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

Erzbischof Dr. Robert Zollitsch

Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz